

Mainz, 26.08.2026

**Anfrage 1401/2026 zur Sitzung am 09.09.2026
Sachstand Konnexitätsklage (FDP)**

Im Juli 2026 war es aus der Mainzer Presse zu lesen, dass der Stadtvorstand zur Durchsetzung des Konnexitätsanspruchs eine Klage gegen das Land nicht mehr ausgeschlossen hatte.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen in hohen Ausgaben in den Bereichen Soziales und Jugend, bei den Kindertagesstätten, bei ÖPNV/Schülerbeförderung sowie aufgrund der Tarifabschlüsse und den Besoldungserhöhungen bei den Personalkosten. Hinzu tritt eine teilweise verfehlte Politik: Mit einer Vielzahl an Förderprogrammen oder hohen zweckbestimmten Zuweisungen lassen sich zwar politische Ziele durchsetzen, dies aber um den Preis einer stärker belastbaren finanziellen Grundausstattung der Kreise, Städte und Gemeinden.

Die Ausführungsgesetze des Landes decken seit Jahren nicht die Kosten der übertragenen Aufgaben. Zum Beispiel im Sozialhaushalt werden teilweise weniger als 10 bis 15 Prozent der real anfallenden Ausgaben gedeckt. Das setzt sich in anderen Bereichen fort.

Aus gutem Grund hatten wir in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre das Vorgehen im Wege einer solchen Klage, die andere Kommunen bereits erfolgreich betrieben hatten, gefordert.

Wir fragen an:

1. Haben sich noch mal Gespräche mit dem Land zur Abwendung einer solchen Klage ergeben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Wie weit ist die Vorbereitung einer solchen Klage fortgeschritten und wann plant die Verwaltung die Klage einzureichen?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende